

Mitteilung des Senats vom 23. August 2022

Entwicklungspolitische Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen – Fortschreibung 2022

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen ist das Grundgerüst einer weltweiten Nachhaltigkeitspolitik. Bremen bekennt sich zur Agenda 2030 und zur Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals [SDG]). Sie stellen nicht nur ein Leitbild des staatlichen Handelns im Inland dar, sondern sind auch Richtschnur für das internationale Engagement des Landes Bremen. Mit ihren Partnerstädten in Europa, Afrika und Asien kooperieren die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven im Sinne der fünf handlungsleitenden Themen, nach denen sich die SDG gliedern lassen: Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft (Englisch: People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership). Die entwicklungspolitischen Leitlinien Bremens orientieren sich in vier Kapiteln an dieser Gliederung. Anhand jedem der 17 Ziele wird dargestellt, mit welchem Engagement und welchen Maßnahmen Bremen und seine Partner:innen einen Beitrag zu deren Umsetzung leisten.

Die 17 Ziele richten sich jedoch nicht nur an die staatlichen Ebenen: Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und jede/jeder Einzelne sind ebenfalls aufgerufen, einen Beitrag zur Umsetzung der SDG zu leisten. Hierfür sind Kenntnisse zu den SDG und Vernetzung der Akteur:innen untereinander die Voraussetzung: Mit Bildungsangeboten, Veranstaltungen und einer regelmäßigen Berichterstattung zum Umsetzungsstand der SDG wird die Grundlage für die Umsetzung der Agenda 2030 im Land Bremen geschaffen.

Die SDG in die Gesellschaft tragen

Das Wissen zu den SDG und deren Umsetzung in Bremen und Bremerhaven muss in die Breite der Gesellschaft getragen werden. Verschiedene Angebote, wie die Durchführung von SDG-Bildungszeiten, Weiterbildungen für die Beschäftigten der Freien Hansestadt Bremen sowie die Durchführung von Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit lokalen Projekten auf Stadtteilebene sind dabei besonders wichtig. Das Land Bremen beteiligt sich durch die Schaffung von SDG-Bildungsangeboten an Schulen, der Entwicklung von SDG-Methodenhandbüchern für die Grund- und Mittelstufe sowie die Schulung von Lehrkräften zu den SDG über das Landesinstitut für Schule.

Berichterstattung zum Stand der Umsetzung der SDG in Bremen

Um die SDG bis 2030 in Bremen umzusetzen, das bereits Erreichte sowie Handlungsbedarf zu identifizieren, ist eine regelmäßige und transparente Berichterstattung zum Umsetzungsstand der Agenda 2030 unabdingbar. Ziel ist es, die Umsetzung der SDG und ihrer Unterziele durch spezifische Indikatoren messbar zu machen, um den Stand der Entwicklung in Bremen aufzuzeigen. Die Auswahl verbindlicher Indikatoren soll dabei in enger Zusammenarbeit mit Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft und der Verwaltung vorgenommen und in regelmäßigen Abständen überprüft werden.

Eine erstmalige Bestandsaufnahme zum Stand der Umsetzung der SDG im Land Bremen erfolgte 2021. Mit der Zuordnung von SDG-Indikatoren mit Kennzahlen der bremischen Haushaltssteuerung wird überdies bereits an einem umfassenden Instrument gearbeitet, welches ebenfalls der Bestandsaufnahme, Analyse und Steuerung mit Blick auf die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 dient. Diese Indikatoren sollen in geeigneter Weise in die Berichterstattung über die Umsetzung einfließen.

Jugendkonferenz zu den SDG

Jugendliche bilden auch im außerschulischen Kontext eine wichtige Zielgruppe, deren Verständnis und Handlungskompetenz es für eine globale nachhaltige Entwicklung zu stärken gilt. In Kooperation mit dem Jungen entwicklungspolitischen Forum Bremen (Jep) soll daher eine partizipativ gestaltete Bremer „SDG-Jugendkonferenz“ stattfinden. Diese Konferenz soll jungen Bremer:innen die Möglichkeit geben, Best Practice-Beispiele kennenzulernen, Handlungsmöglichkeiten herauszuarbeiten und Ideen zur Umsetzung der Agenda 2030 sowohl lokal als auch international zu entwickeln.

Menschen

Die Beendigung von Armut überall und in all ihren Formen ist das oberste Ziel der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der 17 Ziele. Alle Menschen sollen ein selbstbestimmtes Leben frei von Entbehrungen, Krankheiten oder Unterdrückung führen können. Die Sicherung menschlicher Grundbedürfnisse, eine umfassende gesundheitliche Versorgung, hochwertige Bildung und die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit überall auf der Welt sind die Voraussetzungen hierfür.

Die Freie Hansestadt Bremen initiiert und unterstützt im Rahmen ihrer internationalen Kooperationen Projekte, die einen Beitrag zur Umsetzung dieser Ziele leisten. Dabei spielen neben Partnern auf Bundesebene die zivilgesellschaftlichen Organisationen im Land Bremen eine zentrale Rolle. Mit ihrer entwicklungspolitischen Arbeit im Ausland leisten diese einen direkten Beitrag zur Umsetzung der SDG und bilden einen wichtigen Baustein des internationalen bremischen Engagements. In Bremen und Bremerhaven trägt die Zivilgesellschaft mit ihren vielfältigen Bildungs- und Informationsangeboten zur Bewusstseinsbildung bei, damit Bürger:innen im Sinne des Grundsatzes „global denken, lokal handeln“ gemäß dem Ziel einer weltweit nachhaltigen und gerechten Entwicklung handeln können.

SDG 1: Bekämpfung von Armut im Globalen Süden

Das Land Bremen fördert seit über 40 Jahren entwicklungspolitische Auslandsprojekte von Nichtregierungsorganisationen und Initiativen aus Bremen und Bremerhaven. Diese meist auf dem afrikanischen Kontinent verorteten Projekte leisten mit ihrem Fokus auf die Erfüllung von Grundbedürfnissen einen Beitrag zur globalen Umsetzung der SDG und schaffen durch die Verbesserung der Lebensbedingungen Perspektiven für die Menschen vor Ort. Dank der Hilfs- und Spendenbereitschaft Bremer Bürger:innen können diese im Falle von Naturkatastrophen und anderen Krisen zudem oft schnell und unbürokratisch humanitäre Nothilfe leisten.

Dieses überwiegend ehrenamtlich getragene, bürgerschaftliche Engagement unterstützt die Freie Hansestadt Bremen weiterhin durch finanzielle Zuwendungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel und fachliche Beratung etwa bei der Projektkonzeption oder der Gewinnung zusätzlicher Förderquellen.

Maßnahmen

- Mit dem neu aufgelegten Kleinprojektfonds schafft die Senatskanzlei in Kooperation mit dem Bremer entwicklungspolitischen Netzwerk e. V. ein niedrigschwelliges Förderangebot. Dieser Fonds soll vor allem kleinen und rein ehrenamtlich arbeitenden Initiativen eine Möglichkeit bieten, um Auslandsprojekte durchzuführen. Besonders sollen dabei Migrant:innen-

Organisationen angesprochen werden, die sich in ihren Herkunftsländern engagieren möchten. Hierfür werden Mittel aus dem Budget für Entwicklungszusammenarbeit entsprechend umgewidmet.

- Die Initiative „Rest-Cent“ der Beschäftigten des Bremer öffentlichen Dienstes ist für lokale Initiativen aus dem Land Bremen ebenfalls eine unbürokratische Möglichkeit zur Förderung von Projekten im Ausland. Durch Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der bremischen Verwaltung möchte der Senat diese Initiative der Beschäftigten unterstützen, um die Zahl der Spender:innen zu erhöhen und dadurch mehr Mittel für entwicklungspolitische Aktivitäten zu generieren.

SDG 2: Bessere Ernährung und nachhaltige Landwirtschaft

Noch immer haben weltweit viele Millionen Menschen keinen dauerhaften Zugang zu ausreichender und gesunder Nahrung. Mit ihrer entwicklungspolitischen Arbeit leisten die Freie Hansestadt Bremen und zivilgesellschaftliche Organisationen einen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger, Mangelernährung und dauerhafter Ernährungssicherheit aller Menschen. So konnten etwa im Rahmen der mit Landesmitteln finanzierten einmaligen „Corona-Soforthilfe“ im Jahr 2021 mehrere Initiativen unterstützt werden, die Nahrungsmittel in Ländern des globalen Südens bereitgestellt haben.

Neben der Unterstützung von Initiativen im globalen Süden ist auch unser lokales Konsumverhalten ein wichtiger Faktor im Sinne einer global gerechten und nachhaltigen Landwirtschaft. Im Rahmen des „Aktionsplans 2025 – Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde Bremen“ soll das Angebot an Verpflegung in öffentlichen Kantinen schrittweise nach dem Motto „bio.regional.fair“ umgestellt werden.

Maßnahmen

- Bremen hat sich mit dem Beschluss des Aktionsplans 2025 das Ziel gesetzt, eine nachhaltige Transformation unseres Ernährungssystems zu befördern. Von den im Bereich Ernährung und Gesundheit aktiven Nichtregierungsorganisationen in Bremen sind bisher wichtige Impulse für das Themenfeld Ernährung ausgegangen. Daher wurde eine entsprechende Förderrichtlinie veröffentlicht, die das bürgerschaftliche Engagement stärkt und Projekte fördert, die zur Umsetzung des Aktionsplans und der SDG beitragen.
- Als erste Stadt Deutschlands hat Bremen beschlossen, die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde systematisch auf ein nachhaltiges Angebot umzustellen. Im Rahmen des alljährlichen Bio-Marktfests lädt die „BioStadt“ Bremen zum Austausch ein und vernetzt engagierte Akteure aus Bremen und der Region. Die SDG spielen thematisch bei jeder Veranstaltung eine wichtige Rolle.

SDG 3: Gesundheit als Globale Herausforderung

Ansteckende Krankheiten kennen keine Grenzen, das hat die COVID-19-Pandemie erneut sehr eindringlich gezeigt. Nur durch globale Vernetzung können globale Herausforderungen wie diese gemeistert und Pandemien bekämpft werden. Das Land Bremen unterstützt daher seine Partner:innen im Globalen Süden dabei, die Coronapandemie zu bekämpfen, ihre Folgen für die lokale Bevölkerung zu mindern und durch Wissens- und Erfahrungsaustausch einen Beitrag zur Verbesserung der Ausbildung im Gesundheitsbereich und zur Stärkung der Gesundheitssysteme zu leisten.

Maßnahmen

- Gemeinsam mit der GIZ – Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit arbeitet die Freie Hansestadt Bremen mit Expert:innen aus dem universitären Bereich, der Gesundheitsforschung und überregionalen Partnerorganisationen zusammen, um Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen von Nachwuchskräften sowie die Verbesserung der Diagnostik von

Infektionskrankheiten in unserem Partnerland Namibia zu unterstützen. Über das Bund-Länder-Programm wird das Projekt dabei mit Drittmitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert.

SDG 4: Bildung als Schlüssel für nachhaltige Entwicklung

Bildung ist der Schlüssel, um die Akzeptanz und das Verständnis für Veränderungen hin zu einer global gerechten Gesellschaft zu erzeugen. Im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung werden weltweite Abhängigkeiten aufgezeigt, Verbindungen zwischen lokalem Handeln und globalen Auswirkungen hergestellt und so ein Beitrag zu einem weltoffenen, zukunftsorientierten, vernetzten Denken und Handeln geleistet. Im Land Bremen wird das Ziel verfolgt, Bildung für nachhaltige Entwicklung von der Kita über die Schulen bis zur Hochschule mit festem Platz in den Lehrinhalten zu verankern. Zudem unterstützt das Land Bremen entsprechende außerschulische Initiativen und Netzwerke bei der Umsetzung ihrer Angebote.

Im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit leisten die zivilgesellschaftlichen Organisationen seit Jahrzehnten wertvolle Arbeit sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich. Die fünf im Land Bremen tätigen „Eine Welt“-Promotor:innen sind zudem eine wichtige Stütze für das überwiegend ehrenamtlich getragene Engagement in Bremen und Bremerhaven und leisten einen wichtigen Beitrag zur Informations- und Bildungsarbeit.

Maßnahmen

- Das Land Bremen bekennt sich zum Programm der „Eine Welt“-Promotor:innen und strebt an, dessen Fortführung gemeinsam mit dem Bund und den Ländern in einer Rahmenvereinbarung über den aktuellen Programmzyklus hinaus zu regeln.
- Internationale Partnerschaften leben von persönlicher Begegnung. Während der Austausch von Norden nach Süden gut etabliert ist und jedes Jahr von vielen jungen Menschen gepflegt wird (beispielsweise das ASA-Programm oder weltwärts), empfängt Bremen nur wenig Besuch aus dem Globalen Süden. Bremen will Menschen insbesondere aus den Partnerstädten einen Lern- und Arbeitsaufenthalt hierzulande ermöglichen. Dazu sollen Programme des Bundes und der Europäischen Union genutzt werden. Dies richtet sich insbesondere an junge Menschen, um deren interkulturelle Kompetenzen zu stärken und den Einstieg oder die Weiterentwicklung im Berufsleben zu erleichtern.
- Als non-formales Bildungsangebot ist das Freiwillige Ökologische Jahr in Bremen fest verankert. Mittlerweile stehen für dieses Bildungs- und Orientierungsjahr 70 Plätze für junge Menschen bis 26 zur Verfügung. Bei der Tätigkeit in den Einsatzstellen und im Rahmen des begleitenden Seminarprogramms geht es um aktuelle gesellschaftliche Themen rund um Natur, Umwelt und Nachhaltigkeit.

SDG 5: Gleichstellung in der internationalen Zusammenarbeit

Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist eine der größten Hindernisse für nachhaltige Entwicklung, ökonomisches Wachstum und Armutsreduktion. Mädchen und Frauen leiden weltweit unter geschlechtsspezifischer Unterdrückung und gesellschaftlicher Benachteiligung. Sie werden Opfer von Gewalt und Ausbeutung, leisten in der Regel unbezahlte Haus- und Pflegearbeit und sind dadurch wirtschaftlich meist schlechter gestellt als Männer. Die bremische Entwicklungszusammenarbeit hat das Ziel, einen Beitrag zur Herstellung von Chancengleichheit der Geschlechter zu leisten. Dementsprechend werden Projekte und Maßnahmen nur unter der Maßgabe der Berücksichtigung der Geschlechtergerechtigkeit geplant beziehungsweise bewilligt.

Die Freie Hansestadt Bremen wendet sich darüber hinaus entschieden gegen Diskriminierung von Gewalt gegen Menschen mit lesbischer, schwuler, bi-,

trans-, intersexueller und/oder Queer-Orientierung ein (LGBTIQ) und setzt sich für die Realisierung von gleichen Rechten für alle ein.

Maßnahme

- Seit Ende 2017 betreibt der Christopher Street Day (CSD) Bremen + Bremerhaven e. V. das Programm „LGBTIQ*Städtepartnerschaft“. Dieses Projekt basiert auf der Zusammenarbeit zwischen den CSD-Organisationen aus den Partnerstädten Bremens beziehungsweise seit 2021 auch Bremerhavens.

Umwelt

Der Klimawandel und seine negativen Folgen auf unser Ökosystem sind die größte globale Herausforderung unserer Zeit. Das Land Bremen bekennt sich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens und strebt Klimaneutralität an. Die Notwendigkeit, entwicklungspolitisch zu handeln, wurde auch im Bericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ im Unterkapitel 9.5 eindringlich hervorgehoben. Neben den in Bremen und Bremerhaven notwendigen Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung unterstützt Bremen zudem seine Partnerstädte im Globalen Süden in ihrem Kampf gegen den Klimawandel. Im Vordergrund stehen dabei der Austausch von Expert:innen und Projekte in Bremens Partnerländern. Insbesondere beim Thema Klimaanpassung kann auch Bremen von der Expertise unserer Partner:innen profitieren. Bremen unterstützt zudem Projekte und Initiativen, die sich dem Ziel einer Kreislaufwirtschaft widmen, einen Beitrag zum Erhalt von Biodiversität und Umweltschutz leisten und sich in den Partnerländern mit Bildungsmaßnahmen hierzu engagieren. Beispielsweise werden in Ausschreibungen im Rahmen der Richtlinie zur Förderung von gemeinnützigen Projekten zu „Umwelt- und Naturschutz“ sowie zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ Umweltthemen ins Zentrum der Umweltbildungsförderung gestellt.

SDG 6: Sauberes Wasser ist ein Menschenrecht

Der Zugang zu Wasser bedeutet viel mehr als ausreichend sauberes Trinkwasser zu haben. Waschgelegenheiten und funktionierende sanitäre Anlagen beugen nicht nur Infektionskrankheiten vor, sondern sind eine der Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben und damit unabdingbarer Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Das Land Bremen legt daher seit über 40 Jahren mit seinen Förderungen einen Schwerpunkt auf die Entwicklung und Errichtung von innovativen und dezentralen Lösungen zu Trinkwasser, Abwasserentsorgung und Hygiene.

Maßnahme

- Aus den Mitteln des Preisgeldes für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2020 finanziert Bremen Maßnahmen zur Verbesserung der Trinkwasser-Infrastruktur in seinen Partnerstädten Windhoek und Durban. Außerdem wird aus diesen Mitteln eine Wanderausstellung zur Bedeutung von Wasser in Bremen und seinen Partnerstädten konzipiert, die an verschiedenen Orten zu sehen sein wird.

SDG 12: Kreislaufwirtschaft in der öffentlichen Beschaffung

Das Land Bremen ist deutschlandweit einer der Vorreiter, wenn es darum geht, die öffentliche Beschaffung anhand von sozialen und ökologisch verantwortlichen Kriterien auszurichten. Die Grundlage hierfür ist das Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandard und Wettbewerb, das bereits seit über zehn Jahren Mindeststandards bei öffentlich beschafften Waren setzt. Die Einhaltung von Arbeitnehmer:innenrechten und eine gerechte Entlohnung entlang der gesamten Lieferkette sind dabei oberste Maßgabe. Für diese Anstrengungen wurde Bremen bereits mit mehreren Auszeichnungen versehen, zuletzt im Wettbewerb der „EU Cities for Fair and Ethical Trade“. Zusätzlich zu den sozialen und ökologischen Kriterien soll zukünftig auch der Ressourcenverbrauch über die Nutzungsdauer hinweg eine stärkere Rolle spielen.

Maßnahme

- Die Vermeidung beziehungsweise Wiederverwendung von Gegenständen und eine vollständige Recyclingfähigkeit („Cradle to cradle“) sollen zukünftig als Kriterien in die Praktiken und Regeln der öffentlichen Beschaffung im Land Bremen Eingang finden. Hierzu werden die Senatskanzlei und der Senator für Finanzen ein gemeinsames Projekt durchführen, das erste Kriterien für eine systematische Etablierung im Beschaffungswesen erarbeiten soll.
- Das Bremer „Bündnis für Mehrweg“ möchte für das Thema Ressourcenschonung und Vermeidung von Plastikmüll sensibilisieren, alternative Mehrweglösungen entwickeln und das freiwillige Engagement für einen nachhaltigen Konsum stärken und fördert dazu das freiwillige Engagement von Unternehmen im Land Bremen. Das Bremer „Bündnis für Mehrweg“ wurde von der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau in Zusammenarbeit mit RENN.nord, dem BUND Landesverband Bremen, der Handwerkskammer Bremen und der Geschäftsstelle Umwelt Unternehmen ins Leben gerufen.

SDG 13: Gemeinsam gegen den Klimawandel

Bremens Partnerstädte im Globalen Süden, Durban in Südafrika und Windhoek in Namibia, sind bereits wesentlich stärker von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Aus diesem Grund sind auch Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels dort weiter fortgeschritten als hierzulande. Bremen engagiert sich seit 2011 mit seinen Partnerstädten Durban und Windhoek in kommunalen Klimapartnerschaften, um durch gegenseitige Beratung und im Lernen voneinander Klimaschutz und Klimaanpassung voranzubringen. Über Drittmittelförderungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung setzt Bremen vor Ort gemeinsam Projekte für mehr Klimaschutz um. Dabei geht es sowohl um den Erhalt von Biodiversität, Renaturierung von Feuchtgebieten, Verbesserung der Wasserqualität, Abfallmanagement und Recycling als auch Umweltbildung. Ein wesentliches Ziel bei allen Projekten besteht auch darin, die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung zu berücksichtigen und diese durch einkommensschaffende Maßnahmen für den Klimaschutz zu gewinnen. Denn der Kampf gegen den Klimawandel gelingt nur, wenn die Menschen vor Ort dies unterstützen und mittragen.

Bei allen Projekten nutzen wir die vielfältigen Fördermöglichkeiten der Servicestelle Kommunen in der „Eine Welt“/Engagement Global gGmbH, um mit Drittmitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die bremischen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu hebeln. Auch das Bund-Länder-Programm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kofinanziert bremische entwicklungs-politische Aktivitäten in Partnerländern.

Als Ausgleich für die durch Dienstreisen des Bremer öffentlichen Dienstes verursachten Emissionen werden bereits seit einigen Jahren Kompensationsprojekte über den Bremer Klimafonds finanziert, wie etwa energetische Einsparmaßnahmen in Kitas oder Kultureinrichtungen oder zertifizierte, weltweit angesiedelte Klimaschutzprojekte, beispielsweise in der Türkei und Brasilien.

Maßnahmen

- Globale Partnerschaften leben vom Austausch auf fachlicher und persönlicher Ebene. Innerhalb Deutschlands und Europas ist die Bahn unsere erste Wahl als Verkehrsmittel. Unsere Partnerstädte in Asien und Afrika sind jedoch nur mit dem Flugzeug zu erreichen, was bei Austauschreisen und Delegationsbesuchen erhebliche Mengen an CO₂ verursacht. Wissend, dass der persönliche Austausch für die Zusammenarbeit unerlässlich ist, wollen wir trotzdem die in den vergangenen zwei Jahren gemachten Erfahrungen nutzen und die Möglichkeiten des virtuellen Austauschs verstärkt nutzen, um unnötige Dienstreisen zu reduzieren.

- Mit einem Beitrag zum Klimafonds der „Partnerschaft Umwelt Unternehmen“ besteht die Möglichkeit, die CO₂-Emissionen von Unternehmen zu kompensieren und gleichzeitig soziale und kulturelle Einrichtungen im Land Bremen beim Klimaschutz zu unterstützen. Der Klimafonds wurde von Unternehmen der Bremer Umweltpartnerschaft gegründet und fördert seit 2010 Klimaschutzmaßnahmen in der Region. Bis zum Jahr 2021 wurden durch den Klimafonds 47 Einrichtungen gefördert, die jährlich 274,6 Tonnen CO₂-Emissionen vermeiden.
- Zukünftig will Bremen Kompensationsprojekte in unseren Partnerstädten im Globalen Süden initiieren, um dort einen weiteren Beitrag zu Klimaschutz, Energieeinsparung und lokaler Wertschöpfung zu leisten.

SDG 14: Wissenschaft für den Schutz der Ozeane

Unser Regenwasser, unser Trinkwasser, das Wetter, das Klima, die Küsten, ein Großteil unserer Nahrung und sogar der Sauerstoff in der Luft, die wir atmen, werden letztlich alle vom Meer bereitgestellt und reguliert. Ein sorgsamer Umgang mit dieser essentiellen globalen Ressource ist ein Schlüsselmerkmal für eine nachhaltige Zukunft. Derzeit ist jedoch eine kontinuierliche Verschlechterung der Küstengewässer aufgrund von Verschmutzung zu beobachten, und die Versauerung der Ozeane wirkt sich negativ auf das Funktionieren der Ökosysteme und die Artenvielfalt aus. Zudem sind viele Fischbestände überfischt, ebenso nimmt die Menge kleinster Plastikpartikel in den Meeren stetig zu, die sich in zunehmendem Maße in den Nahrungsketten anreichern.

Bremen engagiert sich als norddeutsches Küstenland seit Jahrzehnten in besonderem Maße für den Meeresschutz. Mehrere Forschungsinstitute mit Sitz im Land Bremen tragen mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit dazu bei, die Kenntnisse über die Meere und deren Ökosysteme zu vergrößern. Dieses Wissen fließt in Kooperationsprojekte mit Bremens internationalen Partner:innen ein, welche sich insbesondere dem Schutz der Küstengewässer widmen.

Maßnahmen

- Bremen ist ein bedeutender Wissenschaftsstandort für die Meeresforschung. Zusammen mit dem Bund und anderen norddeutschen Küstenländern fördert es die Deutsche Allianz der Meeresforschung. Eine der drei Forschungsmissionen der Deutschen Allianz der Meeresforschung widmet sich direkt dem Thema „Schutz und nachhaltige Nutzung mariner Räume“. Alle bremischen Forschungseinrichtungen sind Gründungsmitglieder der Deutschen Allianz der Meeresforschung: Das Exzellenzcluster MARUM Zentrum für Marine Umweltwissenschaften, Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung, das Max-Planck-Institut für Marine Mikrobiologie, das Leibniz-Zentrum für marine Tropenforschung. Sie beteiligen sich intensiv an den Aktivitäten und an den Forschungsmissionen der Deutsche Allianz der Meeresforschung.
- Das Leibniz-Zentrum für Marine Tropenforschung in Bremen unterhält Kooperationen zu Instituten und Einrichtungen weltweit. Schwerpunkt sind Meeresforschungsinstitute und Universitäten in tropischen und subtropischen Regionen. Nach China, Indonesien, Brasilien und vielen anderen Ländern vorwiegend tropischer Breiten hält das Leibniz-Zentrum für Marine Tropenforschung in Bremen enge Verbindungen und ist ein langjähriger fachlicher Partner der Bremer Entwicklungszusammenarbeit.
- Bremen trägt als Partner der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Nord- und Ostsee (BLANO) auf vielfältige Weise zur Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) bei, den guten Zustand der Meere zu erreichen. Dazu gehören Maßnahmen zur Reduzierung des Eintrags von Stickoxiden (Eutrophierung), Schadstoffen, gebietsfremden Arten und Unterwassererschall durch vielfache schiffahrts- und hafenbezogene Maßnahmen. Des Weiteren wird umfassend gegen den Eintrag von Müll ins Meer angegangen, zum Beispiel durch Entwicklung und Verteilung von Lehrmaterialien, jährlichen öffentlichkeitswirksamen Müllsammelinitiativen, Entwicklung

von kommunalen Maßnahmen sowie begleitende intensive Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit.

SDG 15: Biodiversität erhalten

Das Artensterben und der Verlust von Biodiversität nimmt weltweit dramatische Ausmaße an. Bremen wird daher die Entwicklung einer eigenen Biodiversitätsstrategie anstoßen und führt zudem regelmäßig Projekte mit seinen Partnerstädten im Globalen Süden durch, die sich etwa dem Management von Grünflächen oder der Renaturierung von stadtnahen Gebieten widmen. Zudem unterstützt das Land Bremen Initiativen auf Bundesebene, die sich gegen den internationalen Handel von gefährdeten und geschützten Tier- und Pflanzarten und entsprechenden Produkten richten.

Maßnahme

- Bremen leistet einen Beitrag zur globalen Biodiversität. Um diesen Beitrag auf eine gesellschaftlich breitere Grundlage zu stellen und auszuweiten, hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen im Herbst 2021 die Entwicklung einer Biodiversitätsstrategie und eines Insektenschutzprogramms beschlossen. Aufgestellt werden diese im Rahmen eines koordinierten, ressortübergreifenden und handlungsorientierten Prozesses.

Wohlstand

Das Land Bremen bekennt sich zu den Prinzipien einer gerechten und nachhaltigen Wirtschaftsordnung. Faire Handelsbeziehungen und die Durchsetzung von Arbeitnehmer:innenrechten überall auf der Welt sind unabdingbare Voraussetzungen zur Bekämpfung der Armut insbesondere im Globalen Süden. Dort kann Wohlstand nur durch Wertschöpfung vor Ort und gute Arbeit entstehen. Faires und soziales Unternehmertum kann dazu einen wesentlichen Beitrag leisten, weshalb das Land Bremen sich seit vielen Jahren auch auf Bundes- und Europaebene für die Förderung des Fairen Handels und die internationale Einhaltung von Sozial – und Umweltstandards entlang der Lieferketten einsetzt. Städte sind dabei die Haupttreiber:innen lokaler und nationaler wirtschaftlicher Aktivitäten und Drehscheiben des Wohlstands. Mehr als 80 Prozent der globalen Wirtschaft konzentriert sich in Städten. Gleichzeitig bringt die Urbanisierung große Herausforderungen mit sich. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung weltweit lebt in Städten, wobei ein Anstieg auf bis zu 70 Prozent bis im Jahr 2050 erwartet wird. Städte sind somit auch von entscheidender Bedeutung für die Bekämpfung des Klimawandels, da sie drei Viertel der globalen Ressourcen verbrauchen und für 75 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich sind. Daher fokussiert sich die Bremer Entwicklungszusammenarbeit seit vielen Jahren auf die Verbesserung kommunaler Strukturen in unseren Partnerstädten.

SDG 7: Mit unseren Partnern auf dem Weg zur Klimaneutralität

Eine der größten Herausforderungen auf dem Weg in die globale Klimaneutralität ist der Aufbau einer global emissionsfreien Energieversorgung. Hierzu sind erhebliche Investitionen in der Infrastruktur aller Staaten notwendig. Für Bremens wind- und sonnenreiche Partnerländer ergeben sich hierdurch Chancen zur Schaffung von lokaler Wertschöpfung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Mit Blick auf die bremische Expertise im Bereich der erneuerbaren Energien, seiner Forschungslandschaft und im Betrieb von Hafeninfrasturktur kann durch eine entsprechende Kooperation ein Beitrag zum Aufbau von in Kapazitäten der industriellen Produktion von erneuerbaren Energien im südlichen Afrika geleistet werden.

Maßnahme

- Aufbauend auf der Wasserstoffstrategie der Freien Hansestadt Bremen und des Bundes wollen wir mit unseren Partner:innen im Globalen Süden und bei Bedarf weiteren geeigneten internationalen Partner:innen und

Akteuren den Aufbau einer Kooperation im Bereich der Wasserstoffwirtschaft erörtern, dabei Potenziale herausarbeiten und wo sinnvoll konkrete Maßnahmen anstoßen.

SDG 8: Nachhaltiges Wirtschaften lokal und global

Bremen unterstützt seit vielen Jahren Initiativen und Projekte zur Förderung des fairen Handels. Dies geschieht in Bremen insbesondere durch Bildungs- und Informationsprojekte wie beispielsweise jedes Jahr im Herbst während der Fairen Woche. Nur gut informierte Konsument:innen können mit ihrem Einkaufsverhalten bewusste Entscheidungen treffen und mit ihrer Einkaufsmacht zu nachhaltigeren Wirtschaftsstrukturen beitragen. Bremen fördert entsprechende Maßnahmen der Zivilgesellschaft in Bremen und Bremerhaven und geht mit der Verwendung von fair gehandelten Lebensmitteln im Bremer öffentlichen Dienst mit gutem Beispiel voran. Darüber hinaus will Bremen Veranstalter:innen und Gastronom:innen dabei unterstützen, ihre Betriebe und Veranstaltungen nachhaltiger zu gestalten.

In Bremen und Bremerhaven gibt es eine lebendige Diaspora aus Ländern des Globalen Südens, die sich in vielfältiger Weise in ihren Herkunftsländern engagiert. Zunehmend tritt dabei der Gedanke des sozialen Unternehmertums in den Fokus. Durch die Gründung von Unternehmen soll ein Beitrag geleistet werden zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung, im Land Bremen und in den Herkunftsländern.

Maßnahmen

- Mindestens zwei Mal im Jahr lädt die Senatskanzlei unter Beteiligung der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zu einem Kreis „Faires Wirtschaften“ zu Austausch, Vernetzung, Koordination und Schwerpunktsetzung ein. Wir vernetzen uns außerdem mit Kommunen innerhalb und außerhalb Europas, die sich in besonderer Weise für den fairen Handel und nachhaltiges Wirtschaften engagieren, um von deren Erfahrungen zu lernen und geeignete Projekte und Handlungsweisen nach Bremen zu bringen.
- Bremen unterstützt potenzielle Gründer:innen dabei, ihre Ideen unter dem Leitgedanken des sozialen Unternehmertums zu konzipieren und zu verwirklichen. Seit 2020 werden durch die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zu diesem Zweck diverse Maßnahmen gefördert. Die Senatskanzlei legt unter Beteiligung der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa im Rahmen einer Bundesförderung außerdem ein Pilotprojekt mit einem Gründungswettbewerb „Fair Gründen“ speziell für Geschäftsideen mit Bezug zum Globalen Süden auf.

SDG 9 & 11: Städtepartnerschaften im Globalen Süden für nachhaltige Stadtentwicklung

Im Rahmen der Städtepartnerschaften werden viele Aktivitäten und Projekte von Akteur:innen der bremischen Zivilgesellschaft durchgeführt. Bremen unterstützt diese Kooperationen und führt auch eigene entwicklungspolitische Projekte auf kommunaler Ebene mit den Städten Durban und Windhoek durch. Ziel ist es, durch die gemeinsame Umsetzung von nachhaltigen Entwicklungsprojekten zu besseren Lebensbedingungen für die Bevölkerung vor Ort und der Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge beizutragen. Unser aktueller Schwerpunkt liegt auf Entwicklungspartnerschaften für Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz. Zentraler Bestandteil der Projekte ist stets der Fachaus-tausch von Expert:innen aus Bremen und den jeweiligen Partnerstädten. Außerdem engagiert sich Bremen im Sinne des SDG 9 für die Fortentwicklung effizienter und umweltverträglicher Technologien um zu einer nachhaltigen und innovativen Infrastruktur beizutragen.

Maßnahmen

- Gemeinsam mit seiner Partnerstadt Windhoek führt Bremen bis 2025 ein EU-gefördertes Projekt zur Verbesserung des dortigen Abfallmanagements, Vermeidung von Müll und Erhöhung der Recyclingquote durch. Das Ziel ist es, die Sauberkeit und Müllentsorgung insbesondere in armen Stadtteilen zu verbessern, Informations- und Bildungsangebote insbesondere für junge Menschen zu entwickeln und Unternehmensgründungen in der Kreislaufwirtschaft und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.
- Im Rahmen des Projektes „Umwelt Unternehmen 2021 bis 2024“ werden Informationsangebote für Unternehmen im Rahmen von Formaten wie der SDG-Challenge und dem Tisch 17 angeboten. In Kooperation mit den regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien entstand der Leitfaden für kleine und mittlere Unternehmen „Die Sustainable Development Goals für und durch KMU“.

SDG 10: Teilhabe behinderter Menschen in der Entwicklungszusammenarbeit

Behinderte Menschen sind in vielen Teilen der Welt besonders benachteiligt. Neben der gesellschaftlichen Ausgrenzung durch Stigmatisierungen sorgt mangelnde Barrierefreiheit für zusätzliche Einschränkungen. Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit müssen Projekte und Programme dahingehend überprüft werden, dass sie nach Möglichkeit allen Interessierten die Teilnahme ermöglichen. Dies betrifft auf Seiten Bremens auch die barrierefreie Gestaltung von Veranstaltungen, Reisen und (Fach-)Austauschen.

Bremens Partnerschaften eröffnen auch die Möglichkeit voneinander zu lernen. Teilhabe als Gegenstand von Fachaustausch, Workshops und gemeinsamen Projekten zur Weiterentwicklung von Strukturen und Angeboten wird als Thema an Bedeutung gewinnen.

Maßnahme

- Mit fachlicher Unterstützung des Landesbehindertenbeauftragten sollen im Rahmen der Bremer Entwicklungszusammenarbeit gezielt Projekte im Globalen Süden unterstützt werden, die die Bedürfnisse von behinderten Menschen berücksichtigen. Zudem wird die Widmung einer Stelle für Teilhabe in der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des „Eine Welt“-Promotor:innen-Programms geprüft.

Frieden & Partnerschaften

Friedenssicherung, Wahrung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit sowie eine globale nachhaltige Entwicklung sind nur gemeinsam mit Partner:innen möglich. In Zusammenarbeit mit diesen Partner:innen, bei uns vor Ort, in Europa und weltweit trägt das Land Bremen zum Ziel einer friedlichen, gerechten und inklusiven Gesellschaft bei. Mit unseren Partnerstädten legen wir den Fokus auf die zentralen Themen und Herausforderungen, die unsere Stadtgesellschaften bewegen und wo Städte auf lokaler Ebene nicht nur ihre Stimme erheben, sondern handeln können.

Demokratie, stabile politische Systeme, Frieden und Sicherheit sind keine Selbstverständlichkeit. Wir alle müssen im Sinne der Urban Diplomacy kontinuierlich daran und dafür arbeiten. Bremen teilt seine Werte einer liberalen und weltoffenen Gesellschaft ebenso wie das Bewusstsein einer Verantwortung für die „Eine Welt“ mit seinen Partner:innen. Nur mit globaler Solidarität und Teilnahme aller Staaten, Akteur:innen und Menschen ist eine nachhaltige Entwicklung möglich. Dass viele Aktivitäten und Projekte von Akteurinnen und Akteuren der bremischen Zivilgesellschaft durchgeführt werden, ist ein wertvolles Element der Bremer internationalen Zusammenarbeit. Nur gemeinsam kann die Umsetzung von nachhaltigen Entwicklungsprojekten zu besseren Lebensbedingungen für die Bevölkerung vor Ort bewirkt werden.

SDG 16: Gemeinsam gegen Ungerechtigkeit und für Menschenrechte weltweit

Die Solidarität mit Menschen, die weltweit unter Ungerechtigkeit und Repressionen leiden, hat in Bremen eine lange Tradition. Sie zeigte sich etwa in der aktiven Unterstützung der Anti-Apartheid-Bewegungen in Südafrika und Namibia, zu denen sich Bremen als erstes Bundesland schon Ende der 1970er-Jahre bekannte. Auch heute wird Solidarität in unserer Stadt durch Bürger:innen, Stiftungen und Vereine, in den Kirchen und auch in der Politik gelebt. Bremen solidarisiert sich mit couragierten Menschen weltweit und will einen Beitrag zur Erreichung ihrer Ziele leisten.

Vor dem Hintergrund aktueller Migrations- und Fluchtbewegungen sowie angesichts von Rassismus und Diskriminierung setzt sich Bremen mit seiner Rolle im Kolonialismus und den Folgen auseinander. Bremen bekennt sich zu seiner aus dieser Geschichte erwachsenen Verantwortung. Unter anderem im damaligen Denken und Handeln wurzelt die bis heute nicht überwundene Diskriminierung unserer Mitbürger:innen, nicht nur, aber vor allem aus afrikanischen Ländern.

Ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Initiativen, aus Verwaltung und Politik sowie von Kultur- und Bildungseinrichtungen engagiert sich für diese Aufarbeitung. Der Senator für Kultur hat 2019 zudem kulturpolitische Leitlinien zum Umgang mit dem kolonialen Erbe erarbeitet, die sich der Aufarbeitung des kolonialen Erbes in Bremen widmen.

Eine offensive Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus, das Aufzeigen seiner Wurzeln im Kolonialismus, das Sichtbarmachen kolonialer Spuren im öffentlichen Raum und partnerschaftliche Beziehungen mit den Gesellschaften ehemals kolonialisierter Länder werden als miteinander verwobene und nicht voneinander zu trennende Aspekte des Umgangs mit dem kolonialen Erbe angesehen. Der laufende Prozess in Bremen spiegelt die Kernidee eines neuen postkolonialen Erinnerungskonzeptes: andauerndes Erinnern und multiperspektivisches, aktives Arbeiten vieler Menschen am Thema in der Gegenwart.

Maßnahmen

- Mit Blick auf die Kulturpolitischen Leitlinien wurde bisher besonders intensiv zu dem Schwerpunkt „Koloniale Spuren im öffentlichen Raum“ gearbeitet. Aktuell beteiligt sich das Land Bremen an dem von der Bundeskulturstiftung geförderten Projekt „Dekoloniale – Erinnerungskultur in der Stadt“. Ziel des Projekts ist die Entwicklung einer webbasierten interaktiven Weltkarte, auf der Orte und Geschichten mit Kolonialbezug in Berlin und ganz Deutschland verzeichnet und mit Orten auf anderen Kontinenten verbunden werden. Aus Bremen werden Texte zu insgesamt 31 Stationen in das Portal eingespeist und öffentlich zugänglich gemacht.
- Darüber hinaus steht aktuell die Thematisierung von (Alltags-)Rassismus und eine aktive Partizipation im Kulturbereich im Fokus. So hat das Focke-Museum im Auftrag des Senators für Kultur einen Kunst- und Literaturwettbewerb durchgeführt, um künstlerisches Schaffen – insbesondere von schwarzen Bremer:innen – zu der Thematik Kolonialismus zu fördern. Die Ergebnisse beider Wettbewerbe wurden in einer Stadtlabor-Ausstellung im Focke-Museum gezeigt und in einem Katalog veröffentlicht.
- Das Übersee-Museum arbeitet intensiv an der Aufarbeitung der Sammlungsgeschichte. Dabei wird die Rückgabe von menschlichen Überresten mit hoher Priorität vorangetrieben. Herkunftsgesellschaften werden in Forschung, Entwicklung von Ausstellungsinhalten und Digitalisierung eingebunden, etwa in gemeinsame Forschungsprojekte oder über Kooperationsprojekte bei der Gestaltung von Ausstellungsbereichen. Ziel ist es, gemeinsam mit Menschen aus den Herkunftsgesellschaften die Folgen der Kolonialzeit für die Menschen heute offenzulegen und einen gemeinsamen Umgang mit dem kolonialen Erbe zu finden. Richtschnur des bremischen Handelns bildet dabei das 2019 von der Kultusministerkonferenz

beschlossene Eckpunktepapier zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten.

- Mit einem Sonderprogramm des Landes Bremen zur Erforschung des bremischen Kolonialismus unterstützt die Senatorin für Wissenschaft und Häfen Förderinitiativen, die zum Ziel haben, neue wissenschaftliche Ideen und Forschungsansätze zu behandeln, um damit zu einer weitergehenden Auseinandersetzung und Vernetzung zum Thema „Bremischer Kolonialismus“ beizutragen. Gefördert werden ein Veranstaltungs- und Austauschformat (Konferenzförderung) sowie kleinere Vorhaben, die Bremens Rolle im Kolonialismus mit Berücksichtigung seiner Dynamiken, Nachwirkungen und Kontroversen untersuchen, im wissenschaftlichen Diskurs vertiefen und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich aufbereiten.

SDG 17: Internationale Verständigung

Städtediplomatie umfasst alle Themen und Aktivitäten, die auf lokaler Ebene Themen von globaler Bedeutung adressieren und zu denen mit Partner:innen gemeinsam Lösungen erarbeitet werden. Städtepartnerschaften, Städtefreundschaften und die Mitgliedschaft in internationalen Netzwerken sind somit ein unverzichtbarer Baustein der internationalen Beziehungen. Sie ermöglichen den Austausch auf persönlicher und auf fachlicher Ebene, fördern die Völkerverständigung und das gegenseitige Lernen.

Mit den Partnerstädten stehen Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Friedenssicherung ebenso auf der Tagesordnung wie der Fachaustausch zur Umsetzung der Ziele nachhaltiger Entwicklung oder zu aktuellen Themen wie Migration und Klimaschutz. Über die Mitgliedschaft in internationalen Netzwerken verbindet sich Bremen mit gleichgesinnten Städten, um Sichtbarkeit zu erreichen und die Stimme für gemeinsame Werte zu erheben. Mit unseren Partnern weltweit sind wir uns der kommunalen Verantwortung für die Entwicklung von Lösungsansätzen für globale Herausforderungen bewusst und arbeiten gemeinsam daran.

Maßnahmen

- Zu spezifischen Themen der Umsetzung der SDG werden mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/Engagement Global Expert:innenaustausche mit den Partnerstädten organisiert. Das Ziel ist eine dauerhafte Zusammenarbeit in Fachgebieten auf Länder- oder Kommunalebene.